

Besprechungen und Selbstanzeigen

Schorer, Edgar, Dr. phil., Dr. rer. pol.: Die Abwertung. Ihre Geschichte, ihre Probleme, ihre Technik und ihre Auswirkung auf die Wirtschaft. Jena, Gustav Fischer 1938, 250 S.

Die Charakterisierung dieses Buches fällt nicht ganz leicht. Sein Titel und einzelne Wendungen im Texte (so im Vorwort auf Seite 2/3 und Seite 115) deuten auf die Absicht des Verfassers, eine Art Lehrbuch über ein Teilgebiet der Wirtschaftspolitik zu schreiben, das, vor wenigen Jahren von Theorie und Praxis noch kaum beachtet, nach dem Zusammenbruch des «Goldblockes» im September 1936 nicht etwa als «einmalige unvermeidliche Massnahme» wieder aus Abschied und Traktanden gefallen, sondern allem Anschein nach dazu bestimmt ist, für längere Zeit, vielleicht für Jahrzehnte, Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen wie politischer Kämpfe zu sein. An anderen Stellen des Buches fügt sich der Verfasser dagegen mit voller Absicht in die Reihen der Volkswirte ein, die die Abwertung bereits vor 1936 bekämpft haben und die in ihrer Überzeugung auch nicht durch das, was sich seither ereignet hat, erschüttert worden sind. Eine ehrliche Empörung gegenüber den Gegnern und ihren Kampfmethoden durchzittert das Buch an mehr als einer Stelle und gibt ihm den Charakter einer Kampfschrift. Darin liegt keinerlei Vorwurf — du choc des idées jaillit la vérité —, wohl aber erklärt dies einige Mängel formaler Art und eine gewisse Hast, mit der das Buch offenbar geschrieben werden musste. Das Vorwort trägt das Datum vom 8. September 1936, erschienen ist es aber erst Ende 1937. Zu den erwähnten Mängeln wären etwa zu rechnen eigenartige Wortbildungen, welche bei dem sonst klaren und flüssigen Stil öfters auffallen wie etwa «Wirklichkeitsgegebenheiten» (S. 10), «Fürargument» (S. 19), «schlechthing» (S. 79), «obherrscht» (S. 123) u. a. m., wie auch gelegentliche Irrtümer zahlenmässiger Art, wie etwa die Bezifferung der aus einer Abwertung um 40% entstehenden Verteuerung des Importes auf 68% statt auf $66\frac{2}{3}\%$ (vgl. z. B. S. 211).

In inhaltlicher Beziehung greift das Buch gegenüber der herkömmlichen Abwertungs-literatur nach zwei Richtungen hin weiter aus. Ein erster Teil bringt unter dem Titel «Geschichte der Abwertung» ziemlich ausführliche, stellenweise sogar etwas ermüdende Daten über Abwertungen, die in früheren Jahrhunderten stattgefunden haben. Trotzdem sind diese Daten nützlich, weil sie den Gegensatz zwischen den früheren Abwertungen, die hauptsächlich auf fiskalischen Bedürfnissen des Staates beruhten und den modernen, konjunkturpolitisch begründeten, Abwertungen hervortreten lassen.

Ein weiteres Verdienst des Verfassers besteht in dem Bemühen, die Terminologie, mit welcher die Währungsliteratur arbeitet, zu verbessern. Ob die Wortbildung «Devaluation» oder der vom Verfasser vorgezogene Ausdruck «Devaluation» sich empfiehlt, das ist natürlich nicht nur ein etymologisches Problem, sondern bei dem konventionellen Charakter aller Termini auch eine Zweckmässigkeitsfrage. Nachdem es in den letzten Jahren einige Mühe gekostet hat, dem Publikum den Unterschied von «Devaluation» und «Deflation» klarzumachen, wird man zögern, neue, noch nicht eingebürgerte Termini technici zu verwenden, und es vorziehen, sich statt dessen des deutschen Wortes «Abwertung» zu bedienen, wie es Schorer ja selber auch im Titel seines Buches tut. Der Verfasser gibt nach längeren Auseinandersetzungen mit anderen Begriffsbestimmungen zwei eigene Definitionen der Abwertung, auf S. 51 und S. 53. Beide werden nicht unangefochten bleiben. An der ersten Definition stört, dass sie als «Aufhebung des inneren Wertmasses und Festlegung eines neues Wertmasses» dargestellt wird, womit wohl etwas zu sehr die absichtliche Änderung des legalen Münzgewichtes, nicht aber das fahrlässig-wohlwollende «Abgleitenlassen» des Wechselkurses charakterisiert ist. In die zweite Definition wird als weiteres Begriffsmerkmal «die Auswirkung im Sinne einer versucht gelenkten, ver-steckten und begrenzten Inflation» aufgenommen. Das mag schon in vielen Fällen so sein,

aber es braucht nicht notwendig so zu sein. Denkbar ist immerhin, dass es bei dem «Einmal und nie wieder», mit dem man bei verschiedenen Abwertungen das Publikum beruhigt hat, sein Bewenden hat, wenn schon der Satz von dem «Ce n'est que le premier pas qui coûte» durch die währungspolitischen Ereignisse der letzten Jahre offensichtlich bestätigt wird.

Der Abschnitt «Problematischer der Abwertung» enthält, ausser den Ausführungen terminologischer Art auch noch Darlegungen über die Technik der Abwertung und über ihre Beziehungen zur Moral, zum Recht und zur Politik. Dabei setzt Schorer sich eingehend mit dem Argument auseinander, mit dem die Verfechter der Abwertung auch in der Schweiz den Vorgang zu verwedeln suchten, mit dem Argument nämlich, dass durch die Abwertung niemand geschädigt werde, wenn der Lebenskostenindex nicht steige. Als ob es nicht auch Leute und Wirtschaftszweige gäbe, die an der Senkung der Lebenskosten interessiert wären und als ob diejenigen, die zur Ausübung ihres Gewerbes wesentlich auf den Bezug von ausländischen Rohstoffen und Lebensmitteln angewiesen sind, nicht die Verteuerung derselben recht empfindlich zu spüren bekämen! In der Schweiz sind ja sogar aus der Hotellerie, einem Gewerbe, das gewiss nicht grundsätzlich gegen die Abwertung eingestellt ist, hierüber Klagen erhoben worden.

Lesenswert — und sehr aktuell — sind die Ausführungen über «Abwertung und Aussenpolitik» (S. 93—95). Die Rolle, welche die durch die Abwertungen herbeigeführte soziale Unrast bei der aussenpolitischen Schwächung Frankreichs spielt, ist dort, ohne dass dieser Staat in der Schrift schon genannt werden konnte, sehr gut vorausgesehen. Nicht minder zutreffend ist die Feststellung, dass meistens, so auch in der Schweiz, die Anhänger der Abwertung, da sie wussten, dass der redliche Sinn des Volkes ihren Plänen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzte, die Regierungen auf den Weg diktatorischer Anmassung drängten und so auch eine fatale innenpolitische Strömung begünstigten.

Ungefähr die Hälfte des Buches ist der wirtschaftlichen Seite der Abwertung gewidmet. Das ist ein Thema, das vor und nach der Abwertung so ausgiebig erörtert worden ist, in wissenschaftlichen Arbeiten wie in der Tagespresse, dass kaum ein neuer Gesichtspunkt noch vorgebracht werden kann. Die Tatsache, dass die am meisten umstrittene Abwertungsoperation, die kollektiv vom «Goldblock» durchgeführte, zeitlich zusammenfiel mit einem auf anderen Ursachen beruhenden Aufschwung der weltwirtschaftlichen Konjunktur, wird ein dauerndes Hindernis für eine einwandfreie Abklärung der Frage sein, welcher Teil der vermehrten Beschäftigung und der gestiegenen Unternehmergewinne auf die aufpeitschende Wirkung des monetären Experimentes und welcher Teil auf den nicht durch monetäre Momente bedingten Konjunktumschwung zurückzuführen ist. Ebenso wenig kann die Dauer der Aufpeitschung genau ermittelt werden. Wichtig aber ist eine für die in sozialpolitischer Toga einerschreitenden Abwertungspropagandisten äusserst peinliche Tatsache, die heute schon einwandfrei feststeht: die Senkung des Reallohnes des Arbeiters. Ursprünglich hatten die Gewerkschaften dies auch vorausgesehen. Dann liessen sie sich von der «monetären Konjunkturpolitik» betören, und heute müssen sie eingestehen, dass nach der Lohnstatistik des BIGA seit der Abwertung nur 32 % der beobachteten Arbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 6,2 % (bezogen auf die Gesamtmasse der beobachteten Arbeiter von gar nur 2 %) erhalten haben. (Vgl. Gewerkschaftliche Rundschau, April 1938, S. 132.) Das ist in der Tat die von Schorer prophezeite «sichere Schlappe für die Arbeiterschaft».

Lesenswert ist auch das, was Schorer, speziell im Hinblick auf die Landwirtschaft, über Dauer und Wirksamkeit der «durch die Abwertung herbeigeführten Zinsverbilligung» sagt. Er sieht deutlich, dass sie so lange anhalten wird, als die Kapitalisten vertrauensselig genug sind, an das «Einmal ist keinmal» zu glauben. Verfliegt einmal dieser Glaube, so wird genau so thesauriert werden wie vor der Abwertung, und es wird nichts sein mit der Erleichterung der Lage der Schuldenbauern.

Dem Verfasser muss es als Zeichen redlichen Willens zur Sachlichkeit angerechnet werden, dass er das Interesse der Banken an der Abwertung, das sich vor und während der Operation so geschickt zu verhüllen wusste und erst nachher dann in mehr oder weniger begeisterten Lohreden von Bankleitern zum Vorschein kam, nicht rein privatwirtschaftlich betrachtet, sondern erkennt, wie die Verhütung weiterer Bankkatastrophen für die Gesundheit des Kreditsystems von Bedeutung gewesen ist.

E. Grossmann.

Dr. Rudolf Frey: Die Stromtarife der schweizerischen Elektrizitätswerke.
Dr. H. Girsberger, Verlag, Zürich 1936.

Man kann an das Thema, das der Verfasser bearbeitet hat, von zwei Ausgangspunkten aus herantreten. Man kann die schweizerischen Stromtarife vom Standpunkt des reinen Tariftheoretikers aus, gewissermassen mit dem Rechenschieber in der Hand, würdigen und wird dann beim Ergebnis landen, dass sie ungemein vielgestaltig, unübersichtlich, kompliziert, unrationell sind, gleich wie man zu einer vernichtenden Kritik der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft als Ganzes kommen muss, wenn man sie allein unter dem Gesichtspunkt des Rationalprinzips betrachtet. Frey ist sich bewusst, dass man den Dingen nicht gerecht werden kann, wenn man sie, die sich unter ganz bestimmten Verhältnissen in langer Entwicklung herausgebildet haben, allein mit dem Maßstab des planenden Ingenieurs misst. Er schlägt denn auch den andern Weg ein, der zum Verständnis der heutigen Verhältnisse aus der Betrachtung ihres Werdens und ihrer eigengearteten Umwelt herausführt. So wird der erste Teil des Buches ausgefüllt durch «die Betrachtung des Bodens, auf dem die schweizerischen Stromtarife wachsen, und der Lebensbedingungen, unter denen sie stehen» (S. 229). Nur so wird manches, das rein wirtschaftlich-rational niemals zu erklären wäre, verständlich und — entschuldigbar, so etwa die geringe Verbreitung des Grundgebührentarifs, dem in unserem Lande «ein recht schweizerisch-knorriger Widerstand entgegengesetzt wird» (S. 141). Diesem Abschnitt geht immerhin ein theoretisches Kapitel über den Verkauf elektrischer Energie voraus, das in seiner klaren Herausarbeitung der verschiedenen, die Wertschätzung des Käufers und des Verkäufers elektrischer Energie bestimmenden Elemente eine Lektion angewandter subjektivistischer Preistheorie von bemerkenswerter Prägnanz bedeutet.

Der zweite, weitaus umfangreichste Teil des Buches gibt auf Grund eines breiten Quellenstudiums eine Darstellung und Kritik der schweizerischen Tarife in einem die Entwicklung verfolgenden Längsschnitt und einem die gegenwärtige Lage skizzierenden Querschnitt.

Der dritte Teil der Schrift versucht aus der Vielfalt der Tarife, die übrigens ein köstliches Abbild der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mannigfaltigkeit der Schweiz ist, die gemeinsamen Linien herauszuarbeiten und sie zu Grundzügen einer schweizerischen Energiepreispolitik zusammenzufügen. Er rundet damit die Arbeit Freys zu einem Werk, das der wissenschaftlich Interessierte mit Freude liest und das auch dem routinierten Praktiker zweifellos Interesse abzugewinnen vermag.

Theo Keller.

Walter Stäuber: Die geschäftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Notenbanken und dem Staat. Orell Füssli, Zürich 1937.

Die vorliegende Arbeit sucht zwei Ziele zu verwirklichen: Sie will feststellen, «wie der Gesetzgeber die kreditpolitischen Beziehungen zwischen Notenbank und Staat regelt»; sie untersucht, in welchem Ausmass von den gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht wurde. Eine genauere Durchsicht der Schrift zeigt, dass nur für die Schweiz beide Ziele verwirklicht sind, während der Verfasser sich bei den andern 24 untersuchten Ländern auf eine mehr oder weniger ausführliche Beschreibung der gesetzlichen Vorschriften beschränkt.

Im ersten Abschnitt wird die Notenbank als Staatskassier dargestellt, wobei vor allem die Arbeit der Schweizerischen Nationalbank als Kassenverwalter des Bundes aufgezeigt wird. Im zweiten Abschnitt wird die Gewährung kurzfristiger Kredite an den Staat, wie die Weiterverleihung der Staatsgelder durch die Notenbank geschildert. Hier finden die Reskriptionskredite der Schweizerischen Nationalbank an den Bund ihre Darstellung, denen sich die Schatzwechsel und Arbeitsbeschaffungswechsel in Deutschland und die kurzfristigen Kredite in den andern Staaten anschliessen. In einem dritten Abschnitt werden die Dauervorschüsse der Notenbanken an den Staat abgehandelt, wo besonders die durch den Krieg entstandenen Schäden ihren Niederschlag in der Kreditgewährung der Notenbanken gefunden haben. Die heute so aktuellen Fragen, ob und wie die Notenbanken an der Finanzierung der Aufrüstung teilnehmen, wurden in der Arbeit nicht untersucht. Die Frage, welche tieferen Gründe die zunehmende Beteiligung der Notenbanken an neuen Finanzierungsaufgaben hervorgerufen haben, wird nicht geklärt. Wesentliche Anregungen kann man durch die Schrift daher kaum empfangen.

Schw.

Franz Eulenburg: Allgemeine Volkswirtschaftspolitik. Staat und Wirtschaft. Zürich und Leipzig 1938.

Wer eine in flüssigem Stil geschriebene, leicht verdauliche Übersicht über die in den verschiedensten Ländern heute angewandten Mittel staatlicher Wirtschaftspolitik sucht, dem sei das Buch von Eulenburg empfohlen. Wertvoll darin ist vor allem die Zusammenstellung der überaus reichen Literatur, die zu diesem Thema vorliegt. Wer aber über die etwas an der Oberfläche haftende Darstellung und Systematik hinaus zu den tieferen Problemen der Wirtschaftspolitik vorstossen will, dem kann das Werk nicht genügen.

In einer erkenntniskritischen und methodologischen Einleitung hat der Verfasser den Mut — was in der deutschen Literatur zurzeit keineswegs selbstverständlich ist —, die Hereinnahme wissenschaftsfremder Werte in die Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik als eine logische Unzulässigkeit zu bezeichnen, also das grundsätzliche Postulat der Wertfreiheit aufzustellen. Damit sollen nun freilich nicht die Werturteile völlig aus der Nationalökonomie verbannt werden. Denn eine gewissermassen technische Kritik und Wertung interventionistischer Massnahmen, eine sachliche Feststellung der Eignung bestimmter Instrumente der Wirtschaftspolitik in bezug auf gegebene, von der Politik gesetzte Zwecke stellt keine Kompetenzüberschreitung der Wissenschaft dar. Ebenso ist die logische Kritik, d. h. die Prüfung darüber, ob beabsichtigte oder getroffene Eingriffe des Staates im Verhältnis zu den gesteckten Zielen wie in ihrem gegenseitigen Verhältnis widerspruchlos sind, in eminentem Masse Sache der Wissenschaft.

In einem zweiten, ausführenden Teil werden zunächst das Wesen der Marktwirtschaft und ihre Störungen charakterisiert und darauf die Arten und Formen staatlicher Betätigung kurz behandelt. Gerade hinsichtlich der Wirtschaftspolitik aber werden in dem ganzen Buche immer nur Andeutungen, knappe Hinweise gegeben; kaum je wird eine Frage vollständig aufgelöst. Stets multa, non multum. Dadurch setzt sich der Verfasser dem begründeten Vorwurf der Nichtberücksichtigung gewichtiger Nebenfolgen, Fern- und Rückwirkungen staatlicher Massnahmen aus. Jede wissenschaftliche Bearbeitung dieses Gebietes sollte sich jedoch von der nach blossen Faustregeln handelnden Praxis gerade dadurch abheben, dass sie jene nicht offen zutage liegenden, nur durch gedanklich-analytische Konklusion erfassbaren Wirkungen obrigkeitlicher Interventionen ins Licht rückt. Diesen Anspruch vermag das besprochene Werk nicht zu befriedigen.

Ganz verfehlt Anschauungen vertritt der Autor in einer von ihm vorgeschlagenen «Steuer-rücklauftheorie». Er behauptet in dieser Beziehung Seite 94: «Die Beamten entfalten eine abgeleitete Kaufkraft, die indessen weiten Kreisen der erwerbenden Bevölkerung wieder zugute kommt. Sie setzt sich in neue Einnahmen derjenigen um, die die Gehälter vorher durch direkte oder indirekte Abgaben aufgebracht haben. Die produktiven Klassen gewinnen dadurch Einnahmen, dass ein Teil der Staatsausgaben auf einem Umweg wieder zu ihnen zurückfliesst. Es wäre demnach eine sinnlose Behauptung, dass Steuern die Wirtschaft nur belasten und dadurch „untragbar“ würden. Vielmehr kehren sie über die persönlichen Staatsausgaben der Gehälter auf mannigfachen Kanälen zu den Besteuernten grundsätzlich wieder zurück. Die Lehre von der Steuerüberwälzung ist darum zu ergänzen durch eine solche der Rückverwandlung öffentlicher Abgaben: das Problem des „Kreislaufes“.»

Hier liegt ein ausgemachter Trugschluss vor, der vielleicht einem Vulgärökonomem, nicht aber einem Wissenschaftler zu verzeihen ist. Schon den Physiokraten gelang der epochemachende Fortschritt, dass zur Erkenntnis der wirklichen Zusammenhänge und Vorgänge in der Volkswirtschaft der Geldschleier wegzuziehen sei. Tut man dies, so leuchtet aber ohne weiteres ein, dass die Staatsbeamten — und ihnen gleichgestellt natürlich auch alle andern Staatsausgaben für nichtproduktive Zwecke — einen Teil des Sozialproduktes absorbieren, um den denknötwendig die übrigen Wirtschaftssubjekte, nämlich die Steuerträger, zu kurz kommen müssen. Abgesehen davon werden durch die staatliche Verwaltung auch noch persönliche Produktionsfaktoren in Anspruch genommen und der eigentlichen Produktion entzogen. Damit soll nichts gesagt sein gegen die Tätigkeit jener Verwaltung, die zur Ordnung der Volkswirtschaft selbst erforderlich und daher produktiv ist, und deren Handeln denn auch Spann unter den Begriff des «Kapitals höherer Ordnung» einreicht. — Röpke in seiner «Finanzwissenschaft» weist in diesem Zusammenhange mit Recht auf die auf Alexander Hamilton zurückgehende Anekdote

von dem Diebe hin, der, bei der Plünderung der Ladenkasse eines Kaufmannes ertappt, entschuldigend bemerkt, der Kaufmann habe keinen Grund, sich zu beklagen, da ja das gestohlene Geld durch die Einkäufe von Waren wieder an ihn zurückfliessen würde.

Ein weiteres Kapitel widmet der Verfasser dem Inhalt und der Bedeutung staatlicher Einflussnahme. Hier tritt uns die Konstatierung entgegen (S. 127), dass ein Abschreiben von Anlagen, d. h. von Kapitalgütern auf jeden Fall volkswirtschaftlichen Verlust bedeute. Mit dieser Argumentation versuchen üblicherweise die Interessentengruppen die Schutzmassnahmen zugunsten privatwirtschaftlich unrentabel gewordener Betriebe zu rechtfertigen — Massnahmen, wie sie ja in der tatsächlichen Wirtschaftspolitik zur überwuchernden Regel geworden sind. Das Argument ist indes volkswirtschaftlich keineswegs durchschlagend. Haberler (Der internationale Handel, Berlin 1933) ist sogar der Auffassung, dass der volkswirtschaftliche Verlust schon in dem Augenblicke eintrete, wo eine Kapitalinvestition vorgenommen wird, die sich nachträglich als fehlgeleitet erweist, dass mithin alle spätere Abschreibung lediglich noch deklaratorische, feststellende Bedeutung habe. Auch wenn man sich dieser Meinung nicht anschliessen kann, so bleibt doch festzuhalten, dass in den weitaus meisten Fällen — abgesehen von jenen eines wirklich nur vorübergehenden Notstandes und der Erziehungsbeihilfe — eine Produktionsstützung durch Subventionen eine Verschleppung des Übels darstellt, die volkswirtschaftlich mehr Mittel frisst, als verlorengangenen wären, wenn man sie unterlassen hätte.

Bei der Darstellung der Grenzen staatlicher Wirksamkeit gibt Eulenburg der Wirtschaftspolitik einige — allerdings ziemlich unbestimmte — Richtlinien an, die sie mit Vorteil zu beobachten habe. Es sind das: die innere Einheitlichkeit der Massnahmen, die Berücksichtigung unbeabsichtigter Nebenwirkungen, die Befolgung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit, die Vermeidung toter Kosten, die Erhaltung der volkswirtschaftlichen Elastizität und die Erlangung eines gesellschaftlichen Gesamtnutzens.

E. Küng, Bern.

Erwiderung siehe Seite 392.

Schweitzer, Dr. Arthur. Spiethoffs Konjunkturlehre. Darstellung und Würdigung. Vorwort von Prof. Dr. Adolf Löwe. Verlag von Helbing & Lichtenhahn, Basel 1938. 164 S.

Spiethoffs Lehre von den wirtschaftlichen «Wechselagen» oder «Konjunkturen» ist, wie sie vor allem in seinem Artikel «Krisen» im Handwörterbuch der Staatswissenschaften dargelegt ist, zweifellos ein dankbares Feld für eine kritische methodologische und sachliche Betrachtung. Sie stellt einen interessanten Versuch dar, von den Tatsachen her, aus ihnen heraus eine theoretische (verallgemeinernde und kausal erklärende) Vorstellung über den Gesamtverlauf des modernen gesellschaftlichen Wirtschaftsprozesses zu gewinnen und damit von der blossen detailbeschreibenden Betrachtung der historischen Schule zu einer das Ganze der gesellschaftlichen Wirtschaft erfassenden und seine Struktur sowie Bewegung erklärenden Darstellung fortzuschreiten. Das Unternehmen konnte nicht gelingen. Dass und inwiefern es nicht gelungen ist, aufzuzeigen, hat der Verfasser des angezeigten Buches sich zur Aufgabe gesetzt. Der Inhalt des Buches ist in drei Abschnitte gegliedert, von denen der erste die theoretische Einstellung Spiethoffs, bzw. seinen «theoretischen Standort» und seine «Methode» behandelt (S. 7 ff.), der zweite seine «Lehre der wirtschaftlichen Wechselagen» zur «Darstellung» bringt (S. 33 ff.) und der dritte eine «Würdigung» gibt (S. 106 ff.).

Im ersten Abschnitt werden in drei Kapiteln «das allgemeine Bezugssystem» (S. 7 ff.), dann «der Aufbau» der Spiethoffschen Lehre (S. 10 ff.) und schliesslich «das Verfahren» (S. 23 ff.) behandelt. Im ersten Kapitel stellt Schweitzer fest, dass «Spiethoff auf ein allgemeines Bezugssystem verzichtet, ausdrücklich jegliche Art von Gleichgewichtssystem verwirft, seinen Blick ausschliesslich auf die wirtschaftlichen Wechselagen richtet und sie zum Ausgangspunkt seiner Untersuchung macht». Er war dadurch, wie Schweitzer zustimmt, «vor der „Verkennung und Verdunkelung der offenkundigsten Erscheinungen“ der wirtschaftlichen Wechselagen gefeit, und dies» habe «ihn — in Verbindung mit seiner Herkunft von der historischen Schule — sicherlich befähigt, dem Tatsachenbild der Wechselagen eine weitgehende Vollständigkeit zu geben». Damit entstünden aber nicht nur Schwierigkeiten für «die genaue Bestimmung des zu untersuchenden Gegenstandes», sondern «es fehlen auch die einem theoretischen System innewohnenden Begriffe und Methoden, die eine zureichende Lösung

des Problems der wirtschaftlichen Wechsellagen erst ermöglichen», sagt Schweitzer mit Recht. Jedoch, darin, «dass man den Gegenstand der Untersuchung zu weit fasst, die anderen ökonomischen Erscheinungen auch in das Bearbeitungsgebiet einbezieht, von den Wechsellagen zu einer Darstellung der gesamten Wirtschaft gelangt», kann man einen entscheidenden Mangel wohl nicht erblicken (S. 9).

Was den «Aufbau» anbelangt, so untersucht Schweitzer diesbezüglich die im Jahre 1909 in Schmollers Jahrbuch erschienene Artikelreihe «über das Verhältnis von Kapital, Geld und Güterwelt» (S. 10 ff.) und stellt hier eine «äussere Gliederung in Beschreibung, Erklärung und wirtschaftspolitische Nutzenanwendung» mit einem nicht immer klaren Verhältnis zwischen Beschreibung und Erklärung fest (S. 14), als auch den Artikel «Krise» (S. 15 ff.), der äusserlich in sechs Abschnitte gegliedert ist, in denen zunächst «die Grunderscheinungen und Grundbegriffe» festgestellt (S. 15), sodann die «arteigenen Erscheinungen der wirtschaftlichen Wechsellagen» zu einem «Tatsachenbild», das «jeder Theorie über diesen Gegenstand übergeordnet sei», zusammengefasst werden (S. 16), ferner aus den «entscheidenden Erscheinungen» der Begriff eines «Musterkreislaufs», der eine «zentrale Stellung» einnimmt und «in dem das eigentliche Problem der wirtschaftlichen Wechsellagen enthalten ist», gebildet (S. 17), weiterhin ein geschichtlicher Überblick über den «Ablauf der wirtschaftlichen Wechsellagen» gegeben wird (S. 18 f.), die «Lehrmeinungen über die wirtschaftlichen Wechsellagen» dargestellt und kritisiert werden (S. 19 f.) und schliesslich eine positive eigene «Erklärung der wirtschaftlichen Wechsellagen» durchgeführt wird (S. 21).

In bezug auf den Aufbau der einzelnen Abschnitte zeigt Schweitzer, dass beim geschichtlichen Überblick über den Ablauf der wirtschaftlichen Wechsellagen «die dabei vorgenommene Ordnung des Stoffes» zwar «ähnlich wie bei der Darstellung des Tatsachenbildes ist», jedoch «zwei entscheidende Modifikationen des Verfahrens» festzustellen sind. «Einmal werden jetzt nicht nur die „arteigenen Erscheinungen“ zu einem Bilde vereinigt, sondern es werden auch einmalige oder nicht ursächliche Tatsachen in die Darstellung aufgenommen» und «es fällt die Beschränkung auf nur wirtschaftliche Tatsachen fort», es werden auch «politische und natürliche Ereignisse, sofern sie einen Einfluss auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Wechsellagen ausüben, mitbehandelt» (S. 19). Beim Vergleich zwischen dem Aufbau des vierten und fünften Abschnittes glaubt Schweitzer einen «Bruch im Aufbau» des gesamten Werkes insofern feststellen zu müssen, als «die Behandlung der „Lehrmeinungen“ nicht «nach den in der „Geschichte“ entwickelten Gesichtspunkten» erfolgt, was «allein der Spiethoffschen Auffassung, dass die Tatsachen der Theorie vorausgehen, die ersten der letzten als Wegweiser dienen müssen, entsprochen hätte» (S. 20 f.). Diesen sowie anderen Unstimmigkeiten im Aufbau — wie sie auch zwischen dem Aufbau des «Tatsachenbildes» und der «Erklärung» aufgezeigt werden (S. 21) — kommt indessen wohl keine wesentliche Bedeutung zu. Von grösserer Bedeutung indessen ist, dass in der «Erklärung» der Wechsellagen «zwei verschiedene Ursachenreihen» eine entscheidende Rolle spielen, eine, die «aus der Geschichte der Wechsellagen nachgewiesen» wird und als «innerwirtschaftlicher» Natur «nur den Übergang von einer Stufe zur anderen zu erklären vermag», und eine zweite, die zugleich «etwas Seelisches» und die «Wirtschaftsordnung» umfasst und zur Erklärung des Gesamtkreislaufs der Wechsellagen herangezogen wird (S. 21).

In seinen Ausführungen über das «Verfahren» stellt Schweitzer zwei Fragen, erstens, «ob die von Spiethoff an den Anfang seiner Arbeit gestellte These, die Feststellung der Tatsachen gehe der Theorie voraus, aus den Tatsachen lasse sich in eindeutigem Zusammenhang eine Theorie ableiten, sich bei der Arbeit als durchführbar erwiesen hat und es ihm durch die Tat gelungen ist, das Geltungsproblem zu lösen», und zweitens, «ob das angewandte Verfahren in den einzelnen Kapiteln gleichwertig ist, von einer Stufe zur anderen einheitlich fortschreitet, oder ob sich auch hier — wie beim Aufbau — ein Unterbruch des Zusammenhanges, vielleicht sogar eine Änderung des Verfahrens, finden lässt» (S. 23 f.). Was die erste Frage anbelangt, so handelt es sich in erster Linie um die Unterfrage: «nach welchem Prinzip die Tatsachen ausgewählt und zu einem in sich geschlossenen Bilde vereinigt werden». Spiethoff spricht von «Arteigenheit» als dem Hauptkriterium, ohne aber diesen Begriff zu bestimmen. Schweitzer glaubt feststellen zu können, dass für die Auswahl der Tatsachen der «Musterkreislauf» bestimmend ist, «ohne ihn das von Spiethoff entwickelte Tatsachenbild nicht denkbar wäre»,

so dass «das Auswahlprinzip sich also nicht aus dem „Tatbestand“ ergibt, sondern diesem vorausgeht» (S. 24), während Spiethoff selbst glaubt, den «Musterkreislauf» aus einer «Verallgemeinerung» der «arteigenen Erscheinungen» zu gewinnen. In der Tat kann der massgebende Begriff der «tragenden Ursacherscheinungen», der bei Spiethoff schon im «Tatsachenbild» enthalten ist, nicht aus dem Tatsachenbereich selbst stammen, sondern nur aus einer diesem vorausgehenden gedanklichen Vorstellung von einer inneren Verknüpfung der Tatsachen. «Das angegebene und das tatsächlich angewandte Verfahren befinden sich also nicht in Übereinstimmung. Während der zentrale Begriff des „Musterkreislaufs“ erst durch Verallgemeinern der arteigenen Erscheinungen gewonnen werden soll, geht er in Wirklichkeit dem Aufbau des Tatsachenbildes schon voraus» (S. 26). — Man kann indessen den Begriff der «arteigenen Erscheinungen» bei Spiethoff vielleicht wohl auch anders, nämlich in einem problemstellenden, also definitivisch die zu erklärenden Tatsachen feststellenden Sinne deuten. Auf jeden Fall besteht hier eine Unklarheit im Verfahren Spiethoffs, die eben mit seiner Grundauffassung vom Vorrang der Tatsachen gegenüber jeder gedanklichen Einstellung zusammenhängt, und man kann Schweitzer nicht unrecht geben, wenn er dessen Verfahrensweise folgendermassen charakterisiert: «Aus der schrittweisen Bearbeitung der Tatsachen hofft man, auf dem Wege über die „tragenden Ursacherscheinungen“ zu den „Ursacherklärungen“ wie zu dem systemersetzenden Begriff des „Musterkreislaufs“ kommen zu können. In Wirklichkeit aber werden der systemersetzende Begriff des „Musterkreislaufs“ wie die als Auswahlprinzip fungierenden „tragenden Ursacherscheinungen“ von aussen an die Tatsachen herangetragen. Sie sind unausgesprochene Voraussetzungen, die als „ausserhistorische Einfälle, Einsichten, Grundsätze und Vermutungen“ (Schumpeter), noch ungeordnet und zusammenhanglos, auftreten und als Fragezeichen mit den Tatsachen konfrontiert werden. Mit den Tatsachen belegbare „Einfälle“ werden in die Gruppe der arteigenen Erscheinungen oder tragenden Ursacherscheinungen aufgenommen, werden zur Grundlage der „Ursacherklärungen“ gemacht. Da der Musterkreislauf und die Auswahlprinzipien nicht der Darstellung des Tatsachenbildes vorausgehen, sondern erst anschliessend gekennzeichnet werden, so erleidet hier die Verfahrensanordnung einen Unterbruch» (S. 26). Was dann die «Erklärung» anbelangt, so weist Schweitzer darauf hin, dass hiebei eine Reihe von Tatsachen eine wichtige Rolle spielen, die im anfangs entworfenen «Tatsachenbild» überhaupt nicht vorkommen (S. 29 f.).

Im zweiten Abschnitt der Schweitzerschen Arbeit werden nun nach einer Darstellung des «Begriffsapparates» (S. 33 ff.) zunächst «das Tatsachenbild der Wechsellagen» (S. 35 ff.), sodann «die Ursacherklärungen der Wechsellagen» (S. 65 ff.) und schliesslich «der Gegenstand, das Tatsachenbild» und «die Ursacherklärungen» des «Kreislaufs der Wechsellagen» (S. 88 ff.) im einzelnen behandelt. Hier stellt Schweitzer zunächst die Frage nach dem «Gegenstand» bzw. «Begriff der Wechsellagen» im Sinne Spiethoffs und glaubt diese Frage im «Musterkreislauf» beantwortet zu finden, woraus sich ein neuer (materieller) Beweis dafür, dass «dieser Begriff der Darstellung des Tatsachenbildes vorausgeht, seinen Aufbau bestimmt und die Ordnungsprinzipien liefert», ergäbe (S. 35 f.). Bei der Darstellung des «Tatsachenbildes» (S. 36 ff.) wird das Hauptaugenmerk auf die Übereinstimmung der Beschreibung mit dem Begriffsapparat und das Vorhandensein oder Fehlen der Einheitlichkeit im logischen Aufbau, wobei insbesondere in der Beschreibung der Krise gewisse Unstimmigkeiten festgestellt werden (S. 56 f.), gerichtet, bei der Darstellung der «Ursacherklärungen» (S. 65 ff.) hinwiederum auf das Vorhandensein von Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung zwischen diesen und dem Tatsachenbild. Hier liegt wohl das Schwergewicht der ganzen Betrachtung. Schweitzer formuliert die Frage folgendermassen: «Stimmen die tragenden, begleitenden und folgenden Erscheinungen des Tatsachenbildes mit den entscheidenden Ursachen in der Erklärung überein? Decken sich Tatsachenbild und Ursacherklärung?» In bezug auf die Erklärung der Entstehung des Aufschwungs kommt Schweitzer bei seiner Betrachtung zum Schluss, «dass die von Spiethoff postulierte Zuordnung von Tatsachenbild und Erklärung für die Entstehung des Aufschwungs in wesentlichen Punkten nicht besteht», dass sich insbesondere «in der Lehre der Aufschwunganregungen neue Tatsachen finden. . . „die Schrittmacher der Kapitalanlage“ . . . „die neuen Märkte und der technische Fortschritt“, woraus sich ergibt, dass «das Tatsachenbild nicht vollständig ist», dass «es bei den Ursacherklärungen durch neue Tatsachen ergänzt werden muss» (S. 70), so dass also die schon in den Ausführungen über das Verfahren «gé-

troffene Feststellung, dass die Übereinstimmung von Auswahlprinzipien, Tatsachenbild und Ursacherklärungen bei Spiethoff öfters nicht vorhanden ist, erhärtet wird» (S. 72 und 30). Wenn Schweitzer auch bei der Darstellung der Erklärung einer Tatsache in der «Fortentwicklung des Aufschwungs», nämlich der Tatsache, «dass der unmittelbare Verbrauch wie Erzeugung und Preise der Genussgüter nur teilweise sich dem Bewegungsrhythmus der Wechselagen einfügen, oft sogar eine Sonderbewegung aufweisen», auf die Einführung eines neuen, im Tatsachenbild fehlenden Tatbestandes, nämlich der «Einkommensgestaltung» glaubt hinweisen zu müssen (S. 74 f.), so kann dem gegenüber wohl gesagt werden, dass es sich hier eben nicht um eine positive und «arteigene» Tatsache des Konjunkturverlaufs handelt, so dass ihre Erklärung auch nicht als Erklärung einer Konjunkturerscheinung aufgefasst werden kann. Hingegen muss es wohl als ein Mangel betrachtet werden, dass der «Arbeitsmarkt» oder der Beschäftigungsgrad im Tatsachenbild ausser acht gelassen worden ist, während er bei den Ursacherklärungen herangezogen wird (S. 75). Von ganz besonderem Interesse ist es, dass bei der Darstellung des «Abbruchs des Aufschwungs» auch die «Übererzeugung» im Tatsachenbild fehlt, während sie in der Ursacherklärung eine ganz entscheidende Rolle spielt. Schweitzer kann diesbezüglich darauf verweisen, dass «der „Tatbestand“ der Übererzeugung sich nicht in den festgestellten Daten aufweisen lässt» und «der Beweis, dass trotzdem eine Übererzeugung vorhanden ist, nur durch eine theoretische Durchleuchtung geführt werden kann», dass es auf jeden Fall «Formen der Übererzeugung» gibt, «die nur eine theoretische Analyse erschliessen kann» (S. 79). Wie für die Fortentwicklung des Aufschwungs, so spielt auch für die Fortentwicklung der Stockung «die Entwicklung des Einkommens» eine bedeutsame Rolle, die bei Spiethoff zwar in der Ursacherklärung dargestellt wird, ohne dass der Tatbestand im Tatsachenbild angeführt worden ist (S. 86 f.). Auf Grund dieses «Vergleichs von Urbild und Ursacherklärungen bei den einzelnen Wechselstufen» kommt Schweitzer zu folgendem Ergebnis: «Wir finden,» sagt er, «dass die zwischen beiden postulierte Zuordnung in wesentlichen Fällen nicht erreicht ist, sondern entscheidende „Abweichungen“ vorliegen... Bei Spiethoff kommt zuerst die „der besonderen Aufgabe angepasste Tatsachensammlung“. Aus der Zergliederung des Vorganges wird dann „aus dessen Innern heraus eine Erklärung erstrebt“. Diese postulierte Zuordnung des Tatsachenbestandes zu den Ursacherklärungen, wonach der Tatbestand nicht nur zeitlich vorausgeht, am Anfang der Untersuchung steht, sondern auch allein die Unterlage zu den zu suchenden Ursachen liefern kann, wird in der Spiethoffschen Arbeit in vielen entscheidenden Punkten nicht eingehalten. Es gibt eine Anzahl von wichtigen Fällen, wo die Gegenüberstellung von Tatsachen und Ursacherklärungen ein anderes Bild ergibt.» Schweitzer zählt sieben verschiedene Fälle mangelnder Übereinstimmung zwischen Tatsachenbild und Ursacherklärungen auf und zieht daraus den Schluss: «Erstens kann man sagen: Tatsachenbild und Ursacherklärungen sind nicht vollständig oder aber nicht übereinstimmend. Damit ist ein entscheidender Einwand gegen Spiethoffs neue Verfahrensordnung erwiesen: Feststellung und Zergliederung des Vorganges schützt nicht vor Fehlern in den Erklärungen, gewährt keine Garantie für die Vollständigkeit des Tatsachenbildes. — Zweitens, wo die Tatsachen entweder nicht sichtbar oder überhaupt nicht vorhanden sind, da ergibt sich: Der von Spiethoff behauptete Vorrang des Tatsachenbildes vor den Ursacherklärungen besteht nicht. Diese Zusammenhänge sind nur zu verdeutlichen und zu erklären, weil Spiethoff seine postulierte Verfahrensordnung aufgibt, die theoretische Analyse den Tatsachen vorausgehen lässt. Nur dies Vorgehen ermöglicht die Theorie des Kapitalmangels, macht sogar erst bestimmte Tatsachen sichtbar, die vorher der Einsicht verschlossen blieben.» (S. 87 f.)

Bei der Darstellung des «Tatsachenbildes» und der «Ursacherklärung» des «Kreislaufes» (S. 90 ff.) kommt Schweitzer zu ähnlichen Schlüssen, vor allem, dass auch hier «neue Tatsachen eingeführt werden, die nicht im Tatsachenbild verdeutlicht wurden», wie «die Periodizität des Trieblebens» und «die hochkapitalistische Wirtschaftsverfassung», überdies aber «die neuen Tatsachen in der Ursacherklärung nur beschrieben sind, nicht erklärt werden» (S. 103.)

Der dritte, «Die Würdigung» überschriebene Abschnitt zerfällt in zwei Teile, von denen der erste den «Versuch einer systematischen Kritik» (S. 106 ff.) und der zweite eine «immanente Kritik der Wechselagen» (S. 121 ff.) — es sollte wohl heissen: «der Wechselagenlehre» — zum Inhalt hat. Was Schweitzer den «Versuch einer systematischen Kritik» nennt, stellt

eigentlich nur den Versuch, einen prinzipiellen Ansatzpunkt für die Kritik zu gewinnen, dar. Diesen Versuch muss man als missglückt bezeichnen. Er leidet an einer völligen Verkenning der Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen «Erkenntnisobjekt» und «Erfahrungsobjekt» sowie an anderen methodologischen Unklarheiten. Ja, es finden sich ganz unverständliche Sätze, wie: «Die verschiedenen Theoreme, wie Wert, Preis, Lohn, Kapital usw. sind für sich und beim Umschlag des Einzel- und Gesamtkapitals so anzulegen, ...» (S. 116) («Wert», «Preis», «Lohn», «Kapital» usw. sind Begriffe und keine Theoreme, und was soll es heissen, «Theoreme anlegen» und gar «beim Umschlag des Kapitals anlegen» ??). Hingegen zeugt die «immanente Kritik» von scharfsinnigem Denken und gutem kritischen Verständnis. Schweitzer sucht hier im Zusammenhange seine «vier Hauptthesen», nämlich die von dem «systemersetzenden» Charakter des «Musterkreislaufs», die von der «unzureichenden Erfassung des Gegenstandes», die von der «inhaltlichen Diskrepanz zwischen den einzelnen Lehren» und die von der «theoretisch nicht überall zwingenden Begründung der einzelnen Lehren selbst» (S. 136) nachzuweisen. Von einer «Würdigung» des Werkes Spiethoffs als eines Ganzen kann man indessen nicht sprechen. Das hätte erfordert, dass man auch seine positiven Seiten hervorkehrt, was jedoch nur in einem einzelnen Falle (S. 135) geschehen ist, insbesondere aber auch, dass man es im Gesamtzusammenhang der ganzen Entwicklung der Wechsellagenlehre betrachtet, in dem man ihm zweifellos einen bahnbrechenden Charakter zuschreiben muss.

Alfred Amonn (Bern).

Zum Problem der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik. Zuschrift an den Redaktor.

Dem Redaktor bin ich dankbar, dass er mir Gelegenheit gibt, auf die unwahre und illoyale Wiedergabe meines Buches «Allgemeine Volkswirtschaftspolitik» zu entgegnen. Ich tue es, indem ich Behauptung und Wirklichkeit gegenüberstelle.

Behauptung

1. Verf. setze sich dem Vorwurf der Nichtberücksichtigung wichtiger Nebenfolgen, Fern- und Rückwirkungen staatlicher Massnahmen aus. Jede wissenschaftliche Bearbeitung sollte ... die Wirkungen obrigkeitlicher Interventionen ins Licht rücken.

2. Aus dem ganzen Kapitel über Förderung der produktiven Kräfte, das 30 Seiten umfasst, greift der Kritiker einen Satz heraus: «Abschreibungen bedeuten auf jeden Fall volkswirtschaftlichen Verlust», den er falsch interpretiert, als sei damit der Standpunkt privater Interessentengruppen gemeint.

3. Die Grenzen staatlicher Wirksamkeit («Richtlinien») seien viel zu unbestimmt angegeben.

4. Dem vom Verf. dargestellten Rücklauf der Steuern wird der scherzhaft gemeinte Satz von Röpke entgegengehalten, wonach der Kaufmann sich über den Dieb nicht beklagen dürfe, weil das gestohlene Geld durch Einkäufe wieder an ihn zurückfiesse.

Wirklichkeit

S. 186: «Es wurde allenthalben versucht, die vielfachen Wirkungen und Rückwirkungen im Gesamtgefüge der Volkswirtschaft ... zu verfolgen und aufzuhellen... Es ist nötig, diesen Tatbestand ... vor Augen zu halten, um seine Fernwirkungen abschätzen zu können.» Beispiele: Preispolitik S. 168/170, 207; Zollpolitik S. 169, 224; Sozialversicherung S. 154, 182; Lohnpolitik S. 180 f., 226 ff.; Wohnungsgesetzgebung S. 183, 225 f.; Wirkungen der Einkommenspolitik auf die Wirtschaft S. 162/164; Berücksichtigung unbeabsichtigter Nebenwirkungen S. 222/228.

Im Gegenteil geht aus der ganzen Argumentation S. 126 f. hervor, dass durch Abwägen von privaten und gemeinwirtschaftlichen Forderungen Fehlinvestitionen von vornherein vermieden werden sollten — nicht anders als der Kritiker selbst und der von ihm zitierte Haberler meinen.

Diese angeblich unbestimmten Richtlinien werden im V. Kapitel auf 29 Seiten (S. 217—245) eingehend erörtert.

Tatsächlich handelt es sich um die Darstellung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses, bei dem die Steuern, die später den Steuerzahlern wieder zufliessen, zunächst einmal für gesellschaftlich nützliche Leistungen verwendet werden. Ist das bei der Tätigkeit des Diebes auch der Fall oder soll der Staat als Dieb hingestellt werden?

5. Das Buch enthalte multa, non multum.

Das ganze Werk ist auf einen Grundgedanken eingestellt: dass die Volkswirtschaftspolitik den wirtschaftlichen Koeffizienten zu steigern und die nationale Dividende zu erhöhen habe. Der Erhärtung dieses einen Satzes dienen die vielen Beispiele aus den verschiedenen Sachgebieten. Offenbar hat der Kritiker darüber den Grundgedanken überhaupt gar nicht gesehen, obwohl er immer wiederkehrt und das Buch beschliesst (S. 305): «Ein Optimum an Wohlstand für eine wachsende Bevölkerung zu erreichen, gerade wegen der höheren Werte, denen die Wirtschaft zu dienen hat.»

Sapienti sat!

Ich benutze die Gelegenheit, um einige Bemerkungen über das Problem der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik hinzuzufügen. Wie schon aus dem Untertitel «Staat und Wirtschaft» hervorgeht und Micksch in seiner kurzen Anzeige in der «Frankfurter Zeitung» richtig hervorgehoben hat, handelt es sich um eine grundsätzliche Untersuchung. Vielleicht wäre es zweckmässig gewesen, in einem Vorwort darauf besonders hinzuweisen. Allerdings setzte ich nicht oberflächliche Leser wie den Kritiker, sondern sorgsame voraus, die den Sachverhalt aus dem Buche selbst ersehen mussten.

Bisher sind üblicherweise in den Lehrbüchern die einzelnen Sachgebiete der Volkswirtschaftspolitik immer nebeneinander dargestellt worden, also Agrar-, Gewerbe-, Handelspolitik usf. Das entspricht schon äusserlich dem Vorgehen der Verwaltung, die sachlich immer so gegliedert ist. Hierbei wird aber der Zusammenhang mit dem volkswirtschaftlichen Gesamtprozess aus dem Auge verloren. Bedenklich vor allem die Stellung der Finanzwissenschaft! Die öffentliche Finanzwirtschaft wird dadurch aus den eigentlichen Wirtschaftsvorgängen ausgeschaltet; sie erscheint als ein Sondergebiet, das störend in die Marktwirtschaft eingreift. Smith und Ricardo haben die finanzwissenschaftlichen Fragen nur anhangsweise behandelt. Stärker ist J. St. Mill im V. Buche seiner «Principles» auf die Eingriffe der Regierung eingegangen, hat sie aber nicht in sein Lehrbuch hineingearbeitet, da die Wirtschaftspolitik ausserhalb seiner Aufgabe stand.

Bei der starken Zunahme des staatlichen Sektors und des Einflusses der Finanzgebarung auf Einnahmen und Ausgaben jeder einzelnen Wirtschaft ist aber der Versuch zu machen, diesen ganzen Teil staatlicher Tätigkeit in die Volkswirtschaftspolitik mit hineinzubauen. Es besteht nicht eine gleichsam automatisch funktionierende Marktwirtschaft — das ist eine notwendige Arbeitshypothese der Theorie —, vielmehr finden allenthalben Eingriffe der Verwaltung, auch im liberalen Staat statt, in besonders grossem Masse durch die finanzielle Betätigung der öffentlichen Körperschaften. Eine allgemeine Volkswirtschaftspolitik muss diesen Tatbestand berücksichtigen und kann nicht die Wirkungen finanzieller Massnahmen nebenbei behandeln, wenn eben diese Wirtschaftspolitik allgemein sein soll, d. h. den Einfluss des Staates auf die gesamte Wirtschaft grundsätzlich zur Darstellung bringen will.

Dass im Mittelpunkt einer nichtkommunistischen Wirtschaft die Marktprobleme stehen, von denen die finanzielle so wenig wie die sonstige Tätigkeit des Staates absehen kann, liegt in der Natur arbeitsteiliger Volkswirtschaft. Aber der Markt ist nur ein Mittel. Der Zweck des Wirtschaftens wie aller Wirtschaftspolitik kann nur ein doppelter sein. Einmal die optimale Erlangung wirtschaftlicher Güter, die auch für die Erfüllung staatlicher Aufgaben unerlässlich sind, — also die Förderung der Produktivkräfte, wie Smith und später List dies genannt haben. Sodann die Gestaltung von Einkommen und Verbrauch — also die optimale Verteilung des Sozialproduktes, der nationalen Dividende nach Marshalls Sprachgebrauch, auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen. In diese beiden Sphären münden Tätigkeit und Eingriffe der öffentlichen Körperschaften. So ergibt sich für die allgemeine Volkswirtschaftspolitik ungezwungen die Gliederung des Stoffes.

Die Aufgabe einer wissenschaftlichen Volkswirtschaftspolitik, wenn sie allgemein sein soll, wird es sein müssen, den günstigen oder ungünstigen, hemmenden oder fördernden Einfluss staatlicher Massnahmen, die an sich ganz verschiedene Ziele verfolgen können, auf diese beiden Grundtatsachen hin zu untersuchen. Das ist, soweit ich sehe, in dem hier zur Rede stehenden Buche zum erstenmal versucht worden.

F. Eulenburg.

Dr. Arnold Schär: Die Fleischversorgung — mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Kanton Baselstadt, 1938.

Die vom Allgemeinen Consum-Verein beider Basel herausgegebene Schrift stellt einen Versuch dar, einen neuen Typ wirtschaftlicher Information zu finden, der zwischen wissenschaftlichen Untersuchungen auf der einen Seite und Rechenschaftsberichten oder Propaganda auf der anderen liegt. Es wird vor allem berichtet über die Organisation des Einkaufs und der Verarbeitung von Vieh, wie über die Sorten, Qualitäten, Verteilung und Konservierung des Fleisches in Basel. Die dabei gemachten Angaben stützen sich auf die betriebliche Erfahrung und Statistik des Basler Schlachthofes, der Schlächterei des ACV und der Bell-AG., wobei interessante Beispiele über die hier investierten Kapitalien, die Arbeitsverhältnisse, die Verkaufseinrichtungen und die in jüngster Zeit eingeführten Kühleinrichtungen gegeben werden. Die Beschreibung wird unterstützt und belebt durch zahlreiche Bilder und Diagramme. Besonders die letzteren sind zu begrüßen, da sie bestimmte Zusammenhänge leichter vermitteln können, als dies in Tabellen möglich ist. Doch will uns scheinen, dass die Technik zur Anfertigung der Diagramme noch einer weiteren Verbesserung fähig sei. Die Verbindung von Stäbchen und Kurven oder Schraffierungen und Kurven im gleichen Diagramm (S. 13 und 95) dürfte nicht zweckmässig sein, da doppelte Angaben den Eindruck abschwächen oder zu einem falschen Urteil verleiten mögen. Zur Berechnung der Saisonschwankungen sind Monatszahlen den Quartalszahlen sicherlich vorzuziehen, da bei den letzteren die Schwankungen nicht alle zur Darstellung gebracht werden können. Die mitgeteilten Kurven über die Ankaufspreise und Verkaufspreise der Schlächterei ACV sind sehr instruktiv und zeigen deutlich, dass bei den ersteren die Schwankungen viel grösser sind und zeitlich früher liegen. Darüber hinaus wäre es sicherlich möglich gewesen, die gleichen Zahlen von den Saisonschwankungen zu bereinigen und dann durch ein weiteres Kurvenbild zu zeigen, wie der «Zyklus» der Viehpreise sich auf die Verkaufspreise für das Fleisch auswirkt. Kurz, die Graphiken sind gut, sie können aber noch besser werden.

Den Hintergrund der Schrift bildet das Problem der viehwirtschaftlichen Produktionsgestaltung. Die hier bestehenden drei grossen Aufgaben werden an verschiedenen Stellen beleuchtet. Da ist einmal der bedeutsame Unterschied in den Saisonschwankungen zwischen der Nachfrage und dem Angebot, wobei der ACV mitteilt, dass die Versuche zur Konservierung mittels Gelatine an der Fleischschauverordnung gescheitert sind. Zu den Saisonschwankungen kommt zweitens das Missverhältnis zwischen den für den Bedarf notwendigen Schlachtkühen und den im Inland nicht immer absetzbaren Zuchttieren; der ACV scheint den auf dem Wege über die Kompensationskassé gemachten Ausgleichsversuch nicht für erfolgreich zu halten und bringt die Abgabe von verbilligtem Fleisch an Minderbemittelte in Vorschlag. Das dritte und wohl grösste Problem aber ist die Ausschaltung des Konjunkturzyklus in der Viehwirtschaft, wobei in der Schrift durch den Hinweis auf die erhöhte Milchproduktion angedeutet wird, dass durch die Produktionsbeschränkung bei den Schweinen hier der «Zyklus» gemildert, damit aber in gesteigerter Form auf die Erzeugung von Rindvieh übertragen werden könnte.

A. Schweitzer.

J. Karl Soldan: Logik und Tragik der Preisgestaltung. Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel 1938. Geheftet: Fr. 10.

Die sehr umfangreiche Schrift wird von dem Verfasser mit folgendem Untertitel charakterisiert: Lesefrüchte und Randbemerkungen eines Kaufmanns über das Problem der Preisgerechtigkeit. Es kann sich daher bei der Besprechung nicht darum handeln, die Arbeit einer wissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen. Ihre Bedeutung liegt mehr auf pädagogischem Gebiet, indem aus nahezu 100 Schriften «Lesefrüchte» über das Problem des Preises zitiert werden, welche dem von den Preisveränderungen betroffenen Kaufmann zeigen mögen, dass mit der so oft geforderten staatlichen Preisfixierung das Problem noch nicht gelöst ist. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet dürfte das Buch einem Bedürfnis entsprechen.

Während der Verfasser sich bei der Gliederung seiner Arbeit weitgehend an das von Adam Smith uns überkommene Schema von dem Preis und seinen Kostenfaktoren gehalten

und dies durch die Lehre über den Preis in der Konjunktur ergänzt hat, vermisst man eine nähere Angabe darüber, welcher Gesichtspunkt bei der Auswahl der einzelnen Schriften massgebend gewesen ist. Die einzelnen Zitate sind nämlich zuweilen von unterschiedlichem Wert, und weniger an Zitaten wäre nicht selten ein mehr an Qualität gewesen. In wirtschaftspolitischer Hinsicht setzt sich der Verfasser für eine «Preisgerechtigkeit» ein, ohne sich jedoch der trügerischen Hoffnung hinzugeben, dass man durch die Stabilisierung des Preisniveaus die Preisveränderungen und damit zugleich die Konjunktur beseitigen könne. A. Schweitzer.
